

# Die Europawahl 2019

Von Versicherungsstudierenden für  
Studierende der Hochschule Coburg

**Alles, was Du wissen musst!**



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Impressum	2
<b>Inhalt</b>	
Die EU und Ich .....	4
Welche Vorteile bzw. Nachteile bringt MIR die EU? .....	5
Das Europäische Parlament.....	6
EU-Gesetzgebung .....	8
Wahlsystem .....	11
Parteien im Check.....	14
Anleitung zum Wählen .....	12
Das Europa der Zukunft.....	14
Artikel 13 und die Urheberrechtsreform .....	17
Erasmus+ Programm .....	18
Zum Schluss .....	19
Zum Schluss	19

## Vorwort

Am 26.05.2019 ist die Europawahl in Deutschland, bei der ein neues Europäisches Parlament gewählt wird. In dieser Zeitung zur Europawahl findet sich einiges Wissenswertes dazu.

Wer nicht weiß, welche Partei er wählen soll, kann auch den Wahl-o-Mat nutzen:

<https://www.wahl-o-mat.de/europawahl2019/>

Die Diskussionsrunde der ÖSG mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien ist leider schon vorbei.

Viel Spaß beim Lesen!

Prof. Dr. Mirko Kraft

## Impressum

Autorinnen und Autoren:

Bauer, Felicity; Brockardt-Riemann, Nadine; Fedorov, Julia ; Fenzlein, Nicole; Hopf, Lisa; Hügerich, Alina; Indzhiyan, Avgustina; Lehis, Sandra; Mattigk, Helena und Münch, Lisa (alle Bachelor Versicherungswirtschaft).

Für die Inhalte der Artikel sind die jeweils benannten Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Fotos, soweit nicht anders angegeben: privat.

Dank an Frau Christine Linnebank, die als studentische Hilfskraft im Team Versicherung die Zeitung gesetzt hat sowie an Frau Dorothea Weiß, die den Druck organisiert hat!

Kontakt:



Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg  
Fakultät Wirtschaftswissenschaften  
Prof. Dr. Mirko Kraft  
- Versicherungsbetriebslehre -  
Friedrich-Streib-Str. 2  
96450 Coburg

Tel.: 09561/317-601

Fax: 09561/317-335

Mail: [mirko.kraft@hs-coburg.de](mailto:mirko.kraft@hs-coburg.de)

Gefördert aus Mitteln des Innovationsfonds der Hochschule Coburg.



# Die EU und Ich

Von Alina Hümerich

Bald steht die Europawahl an und einige denken sich bestimmt: „Warum soll ich wählen? Mich betrifft das sowieso nicht.“ Deswegen möchte ich euch näher an das Thema „Die EU und Ich“ heranführen und erklären, wo euch selbst die EU betrifft.

Fangen wir mal bei etwas an, was bestimmt schon einige genutzt haben: Das Einreisen in EU Länder bzw. sogenannte „Schengen“-Staaten (Schengen, der Ort in dem der Vertrag unterzeichnet wurde). Ohne die Union wäre das Grenzüberschreiten viel komplizierter, es gäbe Grenzkontrollen und man bräuchte mehr als einen Personalausweis, um die Grenze zu überqueren.

Des Weiteren kommt hier auch die Freizügigkeit dazu. Das bedeutet, wir können in jedem EU Land arbeiten und unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige ein Studium oder eine Ausbildung abschließen. Hier kommt auch das Programm „Erasmus +“ ins Spiel, denn das ist nur durch die EU entstanden und wird auch von dieser gefördert.

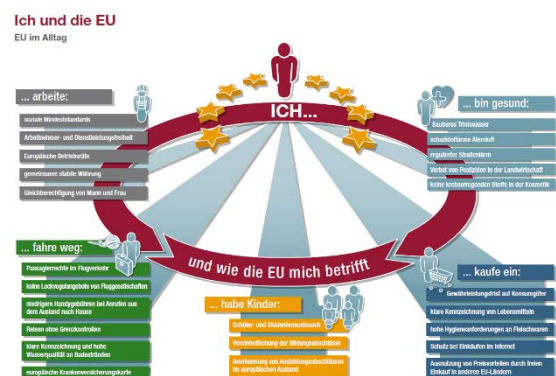
Ein weiterer wichtiger Punkt ist der europäische Binnenmarkt. Dieser ermöglicht freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital, wie Darlehen und Kredite. Uns betrifft es insofern, dass durch diesen Binnenmarkt ein größerer Wettbewerb entsteht, durch den wir Waren günstiger erwerben können.

Verbraucherrechte sind auch ein weiterer Gesichtspunkt der EU in unserem Leben. Wenn wir ein Gerät in einem EU Land kaufen, können wir es auch wieder zurückgeben, falls etwas im Laufe der Garantiezeit kaputtgehen sollte. Seit 2015 gibt es auch das gesetzliche Rückgaberecht von 14 Tagen, das einen eingeräumt werden muss.

Das sind nur ein paar Aspekte und es gibt noch viele mehr.

Um noch genauer vor Augen zu führen was die EU ändert, habe ich hier einige Beispiele für euch was die EU schon nur für Coburg getan hat:

Der Goldbergsee wird einigen der Coburger Studenten etwas sagen. Die Anlage des Goldbergsees, welche Coburg vor Hochwasser schützt, kostete etwa 27,8 Millionen Euro, von denen fast die Hälfte mit EU Fördermitteln gedeckt wurde.



<http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42848/grafik-ich-und-die-eu>

Des Weiteren unterstützt die EU das Projekt „InnoTerm“, welches den Technologietransfer zwischen der Hochschule sowie den kleinen und mittleren Unternehmen fördert, mit ca. 2 Millionen Euro.

Auch der Veste Coburg wurden zur Einrichtung eines Artilleriemuseums 179.000 Euro beige-steuert.

Also ihr seht: Jeder kommt irgendwo mit der EU in Kontakt, auch wenn man es nicht sofort erkennt. Also lasst diese Wahl nicht außer Acht, denn die Ergebnisse können auch für uns entscheidend sein.

Quellen: <https://what-europe-does-for-me.eu/de/portal/1/0>  
[http://publications.europa.eu/webpub/com/eu-and-me/de/HOW\\_IS\\_THE\\_EU\\_RELEVANT\\_TO\\_YOUR\\_DAILY\\_LIFE.html#Verbraucherrechte\\_in\\_der\\_EU](http://publications.europa.eu/webpub/com/eu-and-me/de/HOW_IS_THE_EU_RELEVANT_TO_YOUR_DAILY_LIFE.html#Verbraucherrechte_in_der_EU)

## Welche Vorteile bzw. Nachteile bringt MIR die EU?

Von Julia Fedorov

Vorteile	<ul style="list-style-type: none"><li>- Vier "Grundfreiheiten": Freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital: ICH kann innerhalb der EU frei verreisen, arbeiten wo ich will, festgelegte Menge an Waren einführen und bin geschützt bei Einkäufen im Internet</li><li>- Freizügigkeit der EU-Bürger bei der Wahl von Wohnort und Arbeitsplatz: ICH kann da wohnen und arbeiten, wo ICH will</li><li>- Festschreibung von Grundrechten (z.B. Kinder-, Arbeits- und Datenschutzrechte): ICH habe bestimmte Rechte, die von niemanden verletzt werden dürfen</li><li>- Der Euro: ICH kann innerhalb der EU mit einer einheitlichen Währung bezahlen</li><li>- Reisefreiheit: ICH kann in jedes Land der EU einreisen ohne Grenzkontrollen oder Reisepass</li><li>- Kontrolle der Banken (European Banking Authority), Versicherungen und Pensionsfonds (European Insurance and Occupational Pensions Authority) und dem Handel mit Wertpapieren (European Security and Markets Authority): ICH muss keine Angst haben, dass ICH Geld verliere</li><li>- Gleichberechtigung: ICH habe die selben Chancen, wie jeder andere</li><li>- Europaweite Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden (Europäisches Polizeiamt EUROPOL, Europäische Justiz- und Zollbehörde EURJUST): ICH fühle mich sicherer</li><li>- Europaweite gegenseitige Anerkennung von Berufsdiplomen, Schulzeugnissen und Ausbildungsnachweisen: MEIN Abschluss wird überall in der EU anerkannt</li><li>- ERASMUS-Programme: ICH kann überall in der EU studieren</li><li>- Verbraucherschutzregeln mit einheitlichen Mindeststandards für Qualität, Sicherheit und Gesundheit: ICH bekomme Lebensmittel, die meinen Anforderungen entsprechen und weiß, dass Ware aus dem EU-Ausland denselben auch entspricht</li><li>- Gesundheit: ICH profitiere von sauberem Trinkwasser, schadstoffarmer Atemluft, reguliertem Straßenlärm</li><li>- Roaming: ICH kann für immer geringer werdende Gebühren aus dem EU-Ausland telefonieren oder eine SMS schreiben; für die Nutzung meines Internetvertrags fallen für mich keine weiteren Kosten an</li></ul>
Nachteile	<ul style="list-style-type: none"><li>- Bindung an Gesetze des EU-Parlaments: Gesetze, die in MEINEM Land größtenteils abgelehnt werden, können trotzdem durchgesetzt werden</li><li>- Wohlhabende Länder müssen für wirtschaftsschwache Länder aufkommen: ICH muss eventuell mehr Steuern bezahlen</li></ul>

Fazit: Die Europäische Union betrifft auch MICH

# Das Europäische Parlament

Von Lisa Hopf

Das Europäische Parlament vertritt die Interessen der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Es ist die einzige Einrichtung der Europäischen Union, die direkt gewählt wird. Wobei Deutschland als bevölkerungsreichstes Land der EU, mit 96 Abgeordneten den größten Anteil hat. Zusammen mit dem Ministerrat beschließt das Europäische Parlament den Haushaltsplan der EU. Außerdem fasst er gemeinsam mit dem Rat Beschlüsse über europäische Rechtsvorschriften, denn nur so können neue Gesetze umgesetzt werden. Hier befindet sich ein Überblick über die Organisation des Europäischen Parlaments.



[https://www.europaimunterricht.de/europaeisches\\_parlament.html](https://www.europaimunterricht.de/europaeisches_parlament.html) (aufgerufen: 01.05.2019)

## Präsident

Der Präsident des Europäischen Parlaments wird alle zweieinhalb Jahre gewählt. Er repräsentiert das Parlament in der EU aber auch im internationalen Rahmen. Außerdem liegen die Leitung der Tätigkeiten und der Vorsitz bei Plenarsitzungen des Parlaments in seinem Aufgabenbereich, zudem auch das Unterzeichnen von Gesetzen und des Haushaltsplans der EU.

## Abgeordnete

Das Europäische Parlament setzt sich aus 751 Abgeordneten aus den 28 Mitgliedsstaaten der EU zusammen, wobei die Anzahl der Sitze im Parlament im Verhältnis zur Bevölkerung des jeweiligen Landes steht. Sie werden auf eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Abgeordnete können ihren Tätigkeitsbereich aus 20 Ausschüssen wählen, in welchen sie die Interessen ihrer Mitbürger vertreten.

## Fraktionen

Derzeit gibt es acht Fraktionen im Europäischen Parlament, die meisten Abgeordneten

gehören eine dieser an. Jedoch sind die Fraktionen nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach der politischen Zugehörigkeit organisiert. Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens 25 Abgeordnete nötig, die aus mindestens 25 Prozent der EU-Mitgliedsstaaten kommen. Intern sind Fraktionen in den Vorsitz, den Vorstand und das Sekretariat gegliedert. Die Aufgabe der Fraktionen besteht darin, vor jeder Abstimmung Berichte der parlamentarischen Ausschüsse zu überprüfen und Änderungen einzubringen.

## Ausschüsse

Im Parlament gibt es 20 Fachausschüsse, die aus 25-70 Abgeordneten zusammengesetzt sind. Diese bereiten Themen vor, die in der Plenarsitzung von allen Abgeordneten diskutiert werden. Die drei wichtigsten Ausschüsse sind die der bürgerlichen Freiheit, Justiz und Inneres, dann der Ausschuss über Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und zuletzt der Ausschuss für Haushaltskontrolle. Die Aufgabe aller Ausschüsse ist das Begutachten und Ändern von Gesetzesentwürfen der Europäischen Kommission, außerdem nehmen sie Verhandlungen mit den EU-Ministern auf.



<https://www.europaabgeordneter.de/eu-parlament> (aufgerufen: 02.05.2019)

## Delegationen

Die Aufgabe der 41 Delegationen im Europäischen Parlament besteht in der Pflege der Beziehungen zu den Parlamenten in Drittländern, sowie der Austausch von Informationen mit diesen. Dadurch sollen die Werte, die das Par-

lament vertritt, in Drittländern vertreten werden. Die wichtigsten Werte sind hierbei die Achtung der Menschenrechte, die Grundfreiheiten, die Grundsätze der Freiheit und Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Zusätzlich erstellen Delegationen Berichte und Resolutionen, wovon einige diskutiert werden oder auch zu einer Abstimmung kommen.

### Politische Organe

Die politischen Organe des Europäischen Parlaments sind vor allem für verwaltungstechnische, finanzielle, personelle und organisatorische Aufgaben zuständig.

Ein politisches Organ ist die Konferenz der Präsidenten, sie organisieren die Arbeiten des Europäischen Parlaments. Außerdem weisen sie die Zuständigkeiten der Ausschüsse und der Delegationen, sowie deren Zusammensetzung zu. Eine andere wichtige Aufgabe ist die Pflege der Beziehungen zu den übrigen Organen der EU, den nationalen Parlamenten und Drittländern.

Das Präsidium koordinieren parlamentsinterne Aufgaben in den Bereichen Verwaltung und Finanzen. Des Weiteren sind sie zuständig für Aufstellung des Vorentwurfs des Haushaltsvorschlages. Es ist aus dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, seinen 14 Vizepräsidenten und den fünf Quästoren zusammengesetzt. Sie alle werden für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt.

Ein weiteres politisches Organ im Europäischen Parlament ist die Konferenz der Ausschussvorsitzenden. Ihr Auftrag besteht darin für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen parlamentarischen Ausschüssen zu sorgen. Unter anderen können sie auch Vorschläge für die Arbeit der Ausschüsse und die Aufstellung der Tagesordnung der Plenarsitzung einbringen. Alle Mitglieder sind Vorsitzende der ständigen und nichtständigen Ausschüsse, aus dieser Gruppe wird dann ein Vorsitzender gewählt.

Die Konferenz der Delegationsvorsitzenden ist für die regelmäßige Prüfung der Fragen zu ord-

nungsgemäßen Ablauf der interparlamentarischen Delegationen und der Delegationen in den gemischten parlamentarischen Ausschüssen zuständig. Außerdem bringen sie Vorschläge in die Arbeit der Delegationen ein. Auch hier wird ein Vorsitzender, aus den Vorsitzenden aller ständigen interparlamentarischen Delegationen gewählt.

### Interfraktionelle Arbeitsgruppen

Interfraktionelle Arbeitsgruppen sind keine Organe des Parlaments. Die Bildung dieser ist für die Mitglieder aller Fraktionen und Ausschüsse möglich. Sie dienen für einen Meinungsaustausch über besondere Themen, aber auch zur Förderung des Kontakts zwischen den Mitgliedern und der Zivilgesellschaft. Beispiele wären aktives Altern, Solidarität zwischen den Generationen, oder Antirassismus und Vielfalt, aber auch Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und biologische Vielfalt.

### EIOPA

In Bezug auf Versicherungen gibt es in der Europäischen Union als Agentur die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung, kurz EIOPA. Ihr Vorsitzender ist Gabriel Bernardino und der Geschäftsführende Direktor heißt Fausto Parente. Die Mitglieder des unabhängigen Gremiums bestehen aus Vertretern der nationalen Behörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung. EIOPA steht der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und der EU als Berater zur Seite. Auch die Stabilität des Finanzsystems und die Transparenz der Märkte und Finanzprodukte liegen in ihrem Aufgabenbereich.



<https://de.linkedin.com/company/the-european-insurance-and-occupational-pensions-authority-eiopa-> (aufgerufen: 01.05.2019)

Quellen: <http://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/organisation-and-rules/organisation> (aufgerufen: 02.05.2019)  
[https://europa.eu/european-union/about-eu/agencies/eiopa\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/agencies/eiopa_de) (aufgerufen: 02.05.2019)

# EU-Gesetzgebung

Von Lisa Münch

Die Gesetze gelten europaweit und müssen den Bedürfnissen und Wünschen der Wähler entsprechen. Die Gesetzgebung der EU unterscheidet sich von den jeweiligen Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten. An der EU-Gesetzgebung sind im Wesentlichen drei Organe beteiligt: der Europäische Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission.

## Zwei Arten von EU-Gesetzen

- Richtlinien: Richtlinien sind Rahmengesetze der EU, die eine politische Forderung an die Gemeinschaft darstellen. Die einzelnen nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten haben eine gewisse Frist, in der sie diese Richtlinien in nationales Recht umsetzen müssen.
- Verordnungen: Verordnungen sind EU-Gesetze, die sofort und unmittelbar in allen Mitgliedstaaten gelten.

## Verfahren

### Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren ist das wichtigste Rechtssetzungsverfahren in der EU.

Die Kommission schlägt Gesetze vor, welche dann vom Parlament und Rat gemeinsam angenommen werden. Der Prozess kann bis zu drei Lesungen umfassen und verläuft über folgende Schritte

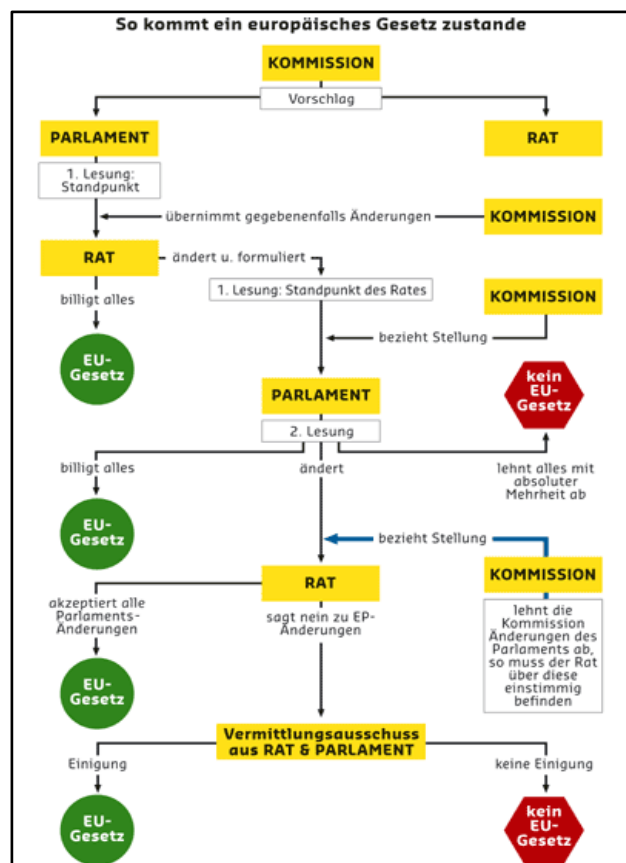
#### 1. Initiative

Der Kommissionsvorschlag für ein Gesetz (Richtlinie oder Verordnung) wird dem Parlament und dem Rat zugestellt. Die Europäische Kommission verfügt über das alleinige Initiativrecht. Das Parlament kann sie jedoch zu einer Initiative auffordern.

#### 2. Erste Lesung

Im Parlament kommt der Text in den zuständigen Ausschuss, der darüber berät und Änderungen vorschlägt, wenn der Kommissionsentwurf nicht den Vorstellungen des Parlaments entspricht. Abschließend stimmt das Plenum über den Text ab. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments wird dem Ministerrat übermittelt.

Das Gesetz ist erlassen, wenn der Rat in der ersten Lesung die Änderungswünsche des Parlaments mit Mehrheit billigt oder wenn das Parlament keine Änderungen vorgeschlagen hat und der Rat dem Entwurf der Kommission ebenfalls zustimmt. Sind die Minister im Rat aber anderer Meinung als die Kommission oder das Europäische Parlament, fassen sie ihre Änderungsvorschläge im "gemeinsamen Standpunkt" der Regierungen zusammen und nennen die Gründe für jede gewünschte Änderung. Der "gemeinsame Standpunkt" wird dem Parlament zur zweiten Lesung zugestellt.





### 3. *Zweite Lesung*

Das Parlament hat drei Möglichkeiten:

- Den „gemeinsamen Standpunkt“ mit einfacher Mehrheit billigen (das Gesetz ist somit erlassen).
- den „gemeinsamen Standpunkt“ mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder ablehnen (das Gesetz ist somit gescheitert).
- den „gemeinsamen Standpunkt“ mit absoluter Mehrheit erneut ändern.

### 4. *Vermittlungsausschuss*

Der Ausschuss setzt sich zur Hälfte aus Vertretern des Rates und des Parlaments zusammen. Auf der Grundlage des vom Parlament geänderten Textes wird versucht, innerhalb von sechs Wochen einen "gemeinsamen Entwurf" zu finden. Gelingt diese Einigung jedoch nicht, ist der Gesetzesvorschlag gescheitert

### 5. *Dritte Lesung*

Wenn es eine Einigung im Vermittlungsausschuss gibt, müssen ihr Parlament und Rat in dritter Lesung zustimmen, das Parlament mit absoluter Mehrheit, der Rat mit qualifizierter Mehrheit. Lehnt eines der beiden Organe diesen Entwurf ab, ist das Gesetz gescheitert.

### *Anhörungsverfahren*

Das Anhörungsverfahren ist das älteste Verfahren. Die Kommission legt einen neuen Gesetzesvorschlag vor, welcher dann dem Rat übermittelt wird. Dieser muss das Parlament konsultieren und es kommt meist zu Änderungsvorschlägen. Allerdings muss der Rat die Stellungnahme des Parlaments nicht berücksichtigen.

### *Zustimmungsverfahren*

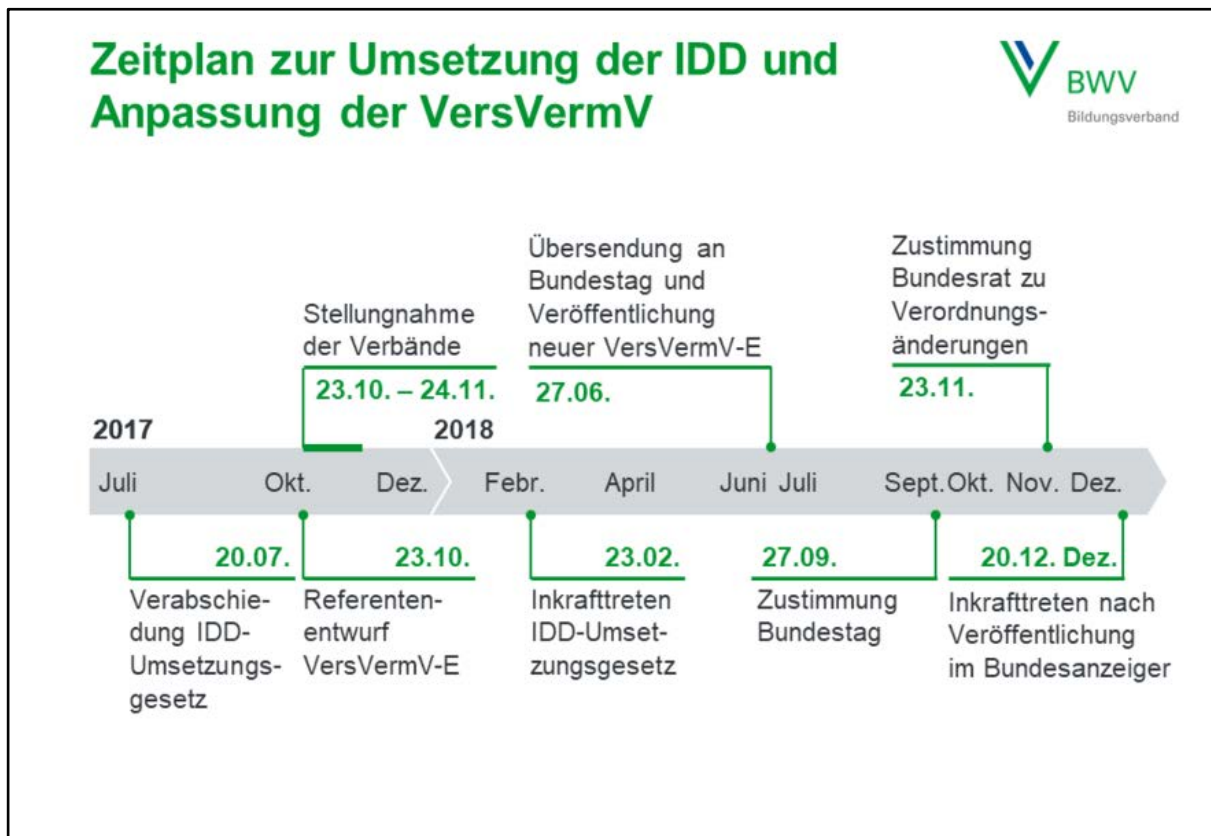
Hier einigt sich der Rat auf einen Rechtsakt, welchen er anschließend dem Parlament zuleitet. Das Parlament muss daraufhin seine Zustimmung erteilen, ohne dass es Änderungsvorschläge beisteuern darf. Das Parlament verfügt jedoch über ein Vetorecht. Dieses Verfahren kommt bei völkerrechtlichen Verträgen der EU mit Drittstaaten, die erhebliche finanzielle Folgen für die Gemeinschaft haben, zum Tragen.

### *Verfahren der Zusammenarbeit*

Dieses Verfahren gilt nur noch für bestimmte Bereiche der Wirtschafts- und Währungsunion. Hier legt Die Kommission einen Vorschlag vor und das Parlament gibt daraufhin eine Stellungnahme ab. Der Rat kann anschließend seinen Standpunkt formulieren. Das Europäische Parlament kann dann in zweiter Lesung den Standpunkt annehmen, ablehnen oder abändern. Falls das Parlament den Standpunkt ablehnt, kann der Rat das Gesetz nur einstimmig in Kraft setzen. Sollte das Parlament den Text abändern, kommt die Kommission wieder ins Spiel. Diese muss entscheiden, ob sie diese Änderungen in ihren ursprünglichen Text aufnehmen will. Sollte die Kommission die Änderungen des Europäischen Parlaments unterstützen, muss der Rat einstimmig entscheiden, ob er sie übernehmen will.

### *Beispiel: EU-Versicherungsvertriebsrichtlinie IDD*

Die EU-Versicherungsvertriebsrichtlinie (Insurance Distribution Directive, IDD) löst die bisherige Richtlinie 2002/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. 12.2002 über Versicherungsvermittlung (EU-Vermittlerichtlinie, auf Englisch: Insurance Mediation Directive, IMD) ab. Bereits am 03.07.2012 wurde von der Europäischen Kommission ein Entwurf für eine Neufassung der EU-Vermittlerichtlinie vorgestellt. Im Jahr 2014 erarbeiteten das Europäische Parlament und der Europäische neue Vorschläge, darunter auch die Namensänderung der Richtlinie. Am 30.6.2015 wurde der Trilog der drei europäischen Institutionen abgeschlossen. Die IDD trat schließlich am 22.02.2016 in Kraft und war bis zum Ablauf des 22.02.2018 national umzusetzen.



## Wahlsystem

Von Nadine Brockardt-Riemann

Im Zeitraum vom 23. Mai bis zum 26. Mai findet dieses Jahr bereits zum neunten Mal die Europawahl statt. In Deutschland wird nach Wahltradition am Sonntag, den 26.05.2019 gewählt. Alle fünf Jahre erfolgt die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme, mit der er eine Partei oder eine politische Vereinigung wählt. Bei der Wahl werden die Abgeordneten nicht direkt gewählt, sondern die Parteien erstellen zuvor eine Wahlliste aus den Kandidaten (der, der die meisten Stimmen erhält ist Spitzenkandidat auf Listenplatz eins usw.), die gewählt werden können.

Die Wahlgrundlage der Europawahl basiert nicht auf einem einheitlichen europäischen Wahlrecht, sondern erfolgt durch nationale Wahlgesetze. In Deutschland wird nach dem Europawahlgesetz und der Europawahlordnung gewählt.

In den Mitgliedsstaaten werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments nach dem Verhältniswahlssystem auf der Grundlage von Listen oder übertragbaren Einzelstimmen gewählt. Das bedeutet, je mehr Stimmen eine Partei bekommt, desto mehr Europaabgeordnete schickt diese in das Europäische Parlament. Die Verteilung der Sitze im Parlament hängt von der Größe der Mitgliedsstaaten ab. Aktuell verfügt das Europäische Parlament über 751 Sitze. Nach dem rechtskräftigen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs verringert sich die Gesamtzahl der Europaabgeordneten auf 705. Von den 73 Sitzen des Vereinigten Königreichs werden 27 auf andere Mitgliedsstaaten aufgeteilt und 46 Sitze bilden eine Reserve für zukünftige EU-Erweiterungen. Durch die

Neuverteilung der Sitze ist sichergestellt, dass kein Mitgliedsstaat Sitze verliert, sondern unterrepräsentierte Länder zwischen einem und fünf Sitzen hinzugewinnen. Die Bundesrepublik Deutschland stellt mit 96 Abgeordneten das stärkste Land dar.

Doch wer darf eigentlich wählen?

Wählen darf, wer

- 18 Jahre alt ist
- in das Wählerverzeichnis eingetragen ist
- sich seit mindestens drei Monaten in Deutschland oder einem anderen Mitgliedsstaat aufhält
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Auch Deutsche, deren Wohnsitz sich außerhalb der EU befindet, können an der Europawahl teilnehmen, sofern diese nach der Vollendung des 14. Lebensjahres mindestens drei Monate ununterbrochen in Deutschland gelebt haben und das nicht länger als 25 Jahre her ist. Des Weiteren dürfen sie das Europäische Parlament wählen, wenn sie aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind (z.B. wenn man der deutschen Hoheitsgewalt unterliegt).

Die Wahlergebnisse werden direkt im Anschluss an die Wahl bekannt gegeben. Genauere Informationen finden Sie auf [www.europawahl.eu](http://www.europawahl.eu). Sobald die Ergebnisse feststehen, bilden die Mitglieder des neuen Parlaments Fraktionen. Sollte sich bei der Wahl die politische Zusammensetzung ändern, müssen gegebenenfalls neue Bündnisse gebildet werden.

## Anleitung zum Wählen

Von Nicole Fenzlein

Bevor du zur Wahl gehst, bekommst du eine Wahlbenachrichtigung per Post nach Hause geschickt. Die Wahlbenachrichtigung ist wie eine Einladungskarte. Mit dieser kannst du wählen gehen.

Falls du 3 Wochen vor der Wahl die Wahlbenachrichtigung noch nicht erhalten hast, melde dich bei deiner Stadt, Gemeinde oder dem Landkreis.

Das Diagramm zeigt eine Wahlbenachrichtigung für die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 von 8:00 bis 18:00 Uhr. Die Benachrichtigung enthält folgende Informationen:

- Uhrzeit & Tag der Wahl:** Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 von 8:00 bis 18:00 Uhr.
- Ort, wo Sie wählen:** Wahlraum: Mehrstimmige Wahlurne, Mustersiedlung 42, 00000 Mustersiedlung.
- Wahlberechtigte:** Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger.
- Wahlberechtigtkeitsnachweis:** Wenn unzureichend, zusätzlich Bei Vorzug Anwerthaberechtigungsbescheinigung.
- Wahlberechtigte Person:** Herrn Moritz Mustersmann, Übersiedlung 5, 00000 Mustersiedlung.
- Absender:** Mustersiedlung, Wahlurnen, Mustersiedlung 12, 00000 Mustersiedlung.

### Wählen im Wahllokal

Am 26.05.2019 zwischen 8:00 Uhr und 18:00 Uhr gehst du in dein Wahllokal. Wo das genau ist, steht auf deiner Wahlbenachrichtigung. Diese solltest du, ebenso wie deinen Personalausweis oder Reisepass, zur Wahl mitnehmen. Falls du sie verloren hast, zeigst du im Wahllokal den Wahlhelfer und Wahlhelferinnen deinen Personalausweis oder deinen Reisepass vor.

Dann erhältst du von den Wahlhelfern deinen Stimmzettel. Diesen nimmst du und gehst in eine Wahlkabine. Mach EIN Kreuz bei der Partei, die du wählen möchtest.

Die Wahlen sind geheim!  
Nur du weißt, wen du gewählt hast.  
Niemand darf zuschauen, wen du wählst.  
Niemand darf überprüfen, wen du gewählt hast.  
Du musst niemanden sagen, wen du gewählt hast.

Sobald du dein Kreuz gemacht hast, faltest du deinen Stimmzettel so, dass niemand erkennen kann, was du gewählt hast. Diesen wirfst du dann in die Wahlurne.



### Der Stimmzettel

Der Stimmzettel beinhaltet die Namen der Parteien, sowie die Namen der Kandidaten und Kandidatinnen der jeweiligen Partei.

Du hast eine Stimme! Du kannst also nur eine Partei ankreuzen. Wenn du mehr Parteien ankreuzt, ist dein Stimmzettel ungültig und deine Stimme zählt nicht.

Der Stimmzettel zeigt die Namen der Parteien und Kandidaten für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 26. Mai 2019. Die Parteien sind:

- PARTEI A
- PARTEI B
- PARTEI C
- PARTEI D
- PARTEI E

Jede Partei hat eine Liste von Kandidaten mit einem Kreuzchen zur Markierung. Die Parteien sind in fünf Spalten angeordnet, und die Kandidaten sind in zwei Spalten aufgeführt. Die Parteien sind:

- PARTEI A: 1. Mustersmann, Alida; 2. Mustersmann, Jörgen; 3. Mustersmann, Jutta; 4. Mustersmann, Jutta; 5. Mustersmann, Moritz
- PARTEI B: 1. Mustersmann, Alida; 2. Mustersmann, Jörgen; 3. Mustersmann, Jutta; 4. Mustersmann, Jutta; 5. Mustersmann, Moritz
- PARTEI C: 1. Mustersmann, Alida; 2. Mustersmann, Jörgen; 3. Mustersmann, Jutta; 4. Mustersmann, Jutta; 5. Mustersmann, Moritz
- PARTEI D: 1. Mustersmann, Alida; 2. Mustersmann, Jörgen; 3. Mustersmann, Jutta; 4. Mustersmann, Jutta; 5. Mustersmann, Moritz
- PARTEI E: 1. Mustersmann, Alida; 2. Mustersmann, Jörgen; 3. Mustersmann, Jutta; 4. Mustersmann, Jutta; 5. Mustersmann, Moritz

### Wählen im Ausland

Du kannst nur wählen, wenn du ins Wählerverzeichnis eingetragen bist. Wenn du ein Auslandsdeutscher bist, also Deutsch bist, aber im Ausland lebst und nicht in Deutschland gemeldet bist, musst du einen förmlichen Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis stellen (Antrag erhältlich auf der Internetseite des Bundeswahlleiters).

Wenn du dich zur Zeit der Wahl im Ausland aufhältst, z.B. im Urlaub bist, kannst du an der Briefwahl teilnehmen. Dein Brief muss ausreichend frankiert werden, da er sich nur innerhalb Deutschlands ohne Porto verschicken lässt. Achte auch darauf, den Brief rechtzeitig zu verschicken, damit er bis zum 26. Mai zur Auszählung vorliegt.

### Briefwahl

Wenn du in ein Wählerverzeichnis eingetragen bist, kannst du ohne einen besonderen Grund die Briefwahl beantragen. Die Briefwahl musst du bis spätestens Fr, 24.05.2019 beantragen (in Ausnahmefällen bis 26.05.2019 um 15 Uhr). Du solltest jedoch darauf achten den Wahlbrief rechtzeitig abzuschicken

(3 Werktage, also Do, 23.05.2019). Alternativ kannst du den Wahlbrief auch direkt im Wahllokal abgeben.

### Wie geht das?

- Auf der Rückseite deiner Wahlbenachrichtigung findest du den Vordruck für die Beantragung der Briefwahl. Diese musst du ausgefüllt an deine Gemeinde zurück schicken oder direkt dort abgeben.
- Du kannst auch ein Online-Formular ausfüllen, um die Unterlagen für die Briefwahl anzufordern. Das wird aber nicht von allen Gemeinden unterstützt.
- Auch per Fax oder Mail kann man die Unterlagen schriftlich beantragen. Hierzu musst du deine persönlichen Informationen sowie deine Wählerverzeichnisnummer angeben.
- Du kannst das Amt aber auch persönlich aufsuchen und unter Vorlage deiner Wahlbenachrichtigung und deines Ausweises die Briefwahl beantragen.

Wahlscheinantrag  
für die Wahl zum Europäischen Parlament am 23. Mai 2019

Arzt  
Gemeindebüro

Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins  
für die Wahl zum Europäischen Parlament am 23. Mai 2019

Ich beantrage die Erteilung eines Wahlscheins - für

Familiennr./Körnr.  
Musterfrau, Marie

Datum/Zeitraum  
23.05.2019

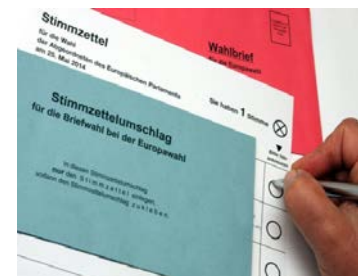
Wahlkreis/Wahlbezirk/Postfach-Nr.  
Jederstr. 3, 00000 Jesterstadt

Ort  
25.04.2019

Unterschrift des Wahlberechtigten  
M. Schmidt

### Wie läuft die Briefwahl ab?

1. Du setzt auf dem Stimmzettel dein Kreuz für die gewünschte Partei und steckst ihn in den blauen Umschlag, der dann zugeklebt wird.
2. Auf dem Wahlschein musst du die „Versicherung an Eides statt zur Briefwahl“ unterschreiben. Das bedeutet, dass du selbst gewählt hast bzw. jemand für dich den Zettel in deinem Sinne ausgefüllt hat.
3. Den Wahlschein und den blauen Umschlag mit dem Stimmzettel steckst du in den roten Wahlbrief.
4. Den zugeklebten Wahlbrief kannst du innerhalb Deutschlands unfrankiert verschicken.



### Barrierefreies Wählen

Jeder Bürger und jede Bürgerin sollten die Möglichkeit haben, wählen gehen zu können. Für Wahlberechtigte mit Mobilitätseinschränkungen ist der barrierefreie Zugang zum Wahllokal besonders wichtig. Auf der Wahlbenachrichtigung steht, ob dein Wahllokal barrierefrei ist. Falls dein Wahllokal nicht barrierefrei ist und du darauf angewiesen bist, kannst du durch einen zu beantragenden Wahlschein, deine Stimme in einem Wahllokal des Kreises oder der kreisfreien Stadt mit barrierefreiem Zugang abgeben.

Für Wahlberechtigte, die nicht oder nicht ausreichend lesen können oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung daran gehindert sind, ihren Stimmzettel selbst auszufüllen, kann man sich durch eine Hilfsperson unterstützen lassen. Diese kann frei bestimmt werden.

Für Wahlberechtigte, die eine Sehbehinderung haben oder blind sind, können Wahlschablonen benutzen. Diese werden kostenlos vom Landesverein des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes e.V. (DBSV) ausgegeben.

# Parteien im Check

Von Sandra Lehis

	CDU /CSU	SPD	Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Klimaschutz	Ziel ist ein qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum. Betont werden hierbei Vernunft und Augenmaß im Kampf gegen den Klimawandel und die Umsetzung der Uno-Ziele. Gefordert werden die globale Bereisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, eine europaweite Strategie zur Vermeidung von Plastik sowie internationale Abkommen zur Plastikvermeidung.	Ziel ist die Sozialverträglichkeit der notwendigen Strukturveränderungen für den Umweltschutz. Betont wird hierbei die Verantwortung der Partei für betroffene Arbeitsplätze beim Thema Braunkohleausstieg. Gefordert wird (für die Erfüllung des Pariser Abkommens) eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 % Treibhausgasminderung bis 2030. Der europäische Emissionshandel soll fortgesetzt werden für Sektoren, die davon erfasst sind, will man einen CO2-Preis einführen.	Ziel ist, Europa zum weltweiten Vorreiter beim Klimaschutz zu machen. Gefordert werden eine CO2-Steuer, ein Klimapass für Klimaflüchtlinge und der Ausstieg aus der Atom- und Kohlekraft. Außerdem sollen vom Kohleausstieg betroffene Regionen besonders gefördert werden.	Absicht ist die Zielsetzung des Pariser Klimaabkommens. Hierbei sieht man einen Schwerpunkt im CO2-Zertifikatehandel. In der EU soll die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen und der Netzausbau gestärkt werden. Weiterhin soll die Aufzucht von Wäldern in der EU verstärkt werden.	Ein grundlegender Wandel der Gesellschaft sei dringend notwendig. Ziele sind der Kohleausstieg bis 2030, autofreie Innenstädte und kostenloser öffentlicher Nahverkehr. Bis 2040 soll Energie nur noch aus erneuerbaren Quellen stammen. Große Energiekonzerne sollen entzweit werden.	Gefordert wird eine Beteiligung Deutschlands an der Entwicklung neuer Typen von Kernreaktoren.  Abgelehnt wird das Pariser Klimaabkommen, wie auch alle EU-Maßnahmen, welche die Reduzierung von CO2-Emissionen mit dem Klimaschutz begründen. Klimaschutzpolitik sei ein Irrweg.
Bildung	Jugendliche sollen die Vorteile der EU unmittelbar erleben können. Dazu werden Austauschprogramme gefördert und ausgebaut. Das Interrail-Ticket des „DiscoverEU“-Programms soll es künftig für 18-Jährige kostenlos geben. Die CDU/CSU treten für die flächendeckende Einführung eines europäischen Studierendenausweises ein, der ebenso geeignet ist, die Mobilität für Studierende zu fördern. Kritisches Denken und Wissenschaftsfreiheit werden als erstrebenswerte Ziele der Hochschulbildung angesehen.	Hochschulen sollen in ihrer internationalen Ausrichtung auch durch finanzielle Unterstützung stärker gefördert werden. Im Europäischen Bildungsraum soll zu kritischem Denken angeregt werden und demokratische Werte der EU vermittelt werden. Europäische Werte, ein Bewusstsein für die soziale, kulturelle und historische Einheit und Vielfalt der Union sollen gefördert werden.	Die Mobilität von Studierenden soll gefördert werden.  Eine Anerkennungsgarantie für Studienleistungen aus dem europäischen Ausland und eine gerechte Studienfinanzierung sollen gewährleistet sein.		Zur Stärkung von Mobilität von Studierenden sind die finanziellen Hürden abzubauen. Dazu sollen Auslandsaufenthalte gefördert werden.	Die studienbezogene Mobilität von Studenten innerhalb Europa wird begrüßt.  Die Förderung des EU-weiten Gemeinschaftsgeistes ist nicht Aufgabe der Hochschule.
Wirtschaft / Finanzen	Angestrebt werden sogenannte Europäische Champions, von denen die ganze EU profitieren könnte. Abgelehnt wird ‚Protektionismus und Abschottung‘, die heimische Landwirtschaft soll jedoch sehr wohl geschützt werden. Finanzpolitisch ist das Ziel eine Stabilitätsunion, ohne ‚Schulden und Risiken zu vergemeinschaften‘, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakets sollen ‚strikt eingehalten und durchgesetzt werden. Die Bankenunion sowie der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM sollen weiterentwickelt und ein Europäischer Währungsfonds geschaffen werden. Die Steuervermeidung internationaler Konzerne will man beenden.	Ein Ziel für ein soziales Europa ist, dass es gegen den Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern Mindestsätze geben soll. Die unterschiedlichsten Körperschaftsteuern sollen angeglichen werden. Im Kampf gegen Steuertricks will man Helfer wie Banken und Beratungsagenturen schärfer verfolgen, unter anderem durch den Aufbau einer Sondereinheit nach dem Vorbild von Großbritannien.	Angestrebt wird ein Wettbewerb um die ‚ökologischste Produktionsweise‘. Außerdem soll der europäische Haushalt erhöht werden, von etwa einem Prozent auf 1,3 Prozent des BIP. Um eine geschlechtergerechte Verteilung der Gelder zu gewährleisten, wird gefordert, künftig „Gender Budgeting“ einzusetzen. Die EU soll auch selbst Steuern erheben können, beispielsweise eine Unternehmensmindeststeuer und eine höhere Mindestbesteuerung von Alkohol. Zudem soll Cannabis legalisiert werden.	In einem Investitionsplan Europa sollen mithilfe der Europäischen Investitionsbank bis 2020 mindestens 500 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionszusagen mobilisiert werden.  Finanzpolitisch wird auf eine ‚solide Politik beim Euro‘, hier müssten alle Staaten mehr Verantwortung übernehmen und sich an die Regeln halten.	Gefordert werden europaweite Mindeststeuern für Konzerne und das Verstaatlichen von Schlüsselindustrien. Ein Geschäftsmodell nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken wird angestrebt.	Ziel ist der Einsatz der EU für Freihandel und offene Märkte. Bei innerstaatlichen Problemen im Zuge der freien Märkte soll es ‚gegebenfalls‘ nationale Ausgleichsmaßnahmen geben. Gefordert wird die Wiedereinführung nationaler Währungen, wie der Deutschen Mark. EU-Steuern und ein EU-Finanzministerium werden abgelehnt.

Quellen: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/europa-wahl-wahlprogramme-was-die-parteien-vor-haben-a-1260094.html>  
<https://www.hrk.de/themen/eu-wahl-2019/eu-wahlpruefsteine-2019/>

## Das Europa der Zukunft

Von Felicitä Bauer

Hier möchte ich euch einen kleinen Überblick über den Grundgedanken einiger Parteien und in welche Richtung sich diese in Zukunft entwickeln möchten, geben.

### CSU/CDU – „Unser Europa“

Die wesentlichen Vorbilder sind hier das christliche Menschenbild, die Aufklärung und der Humanismus. Dieses Weltbild soll in Demokratie, Menschenrechten, Solidarität, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit umgesetzt werden.

#### **Wie möchte sich die CSU/CDU in Zukunft entwickeln?**

In Zukunft möchte die CSU/CDU den Wohlstand, die Stabilität und den Frieden für alle Bürger vorantreiben. Des Weiteren wird eine Vertiefung Europas vor einer Erweiterung angestrebt, d.h. keine Aufnahme neuer Mitglieder in den nächsten 5 Jahren. Bei Forschung, Entwicklung und der Förderung von Nachhaltigkeit sollen mehr gemeinsame europäische Projekte umgesetzt werden. Weiterhin sollen die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten erhalten bleiben. Im Bedarfsfall darf das Subsidiaritätsprinzip angewendet werden.

#### **Das Ziel ist viel mehr gemeinsames Handeln:**

Die Mitgliedstaaten beschließen, auf allen Politikfeldern viel mehr gemeinsam zu machen.

### SPD – „Europa ist die Antwort“

Wesentliche Grundpfeiler sind Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Humanität und Solidarität.

#### **Wie möchte sich die SPD in Zukunft entwickeln?**

Vordergründig möchte die SPD langfristige Ziele verwirklichen. Ein wichtiger Aspekt ist es, den Zusammenhalt in Europa zu stärken und die Umsetzung der sozialen Grundrechte wie z.B. Chancengleichheit, Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, Inklusion von Menschen mit Behinderung, würdevolles Leben für alle Generationen. Weiterhin möchte die SPD Steuerkriminalität stärker bekämpfen, neue

Perspektiven für junge Menschen schaffen, indem Ausbildungsplätze garantiert und der internationale Austausch gefördert werden. Abschließend setzt sich die SPD für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Klimaerwärmung ein.

#### **Das Ziel ist viel mehr gemeinsames Handeln:**

Die Mitgliedstaaten beschließen, auf allen Politikfeldern viel mehr gemeinsam zu machen.

### DIE LINKE

DIE LINKE steht für die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus, internationaler Solidarität und dem Gemeinwohl über dem Wohl des Marktes.

#### **Wie möchte sich die Linke in der Zukunft entwickeln?**

DIE LINKE verfolgt das Ziel einer demokratischen, inklusiven, sozialen, ökologischen und friedlichen europäischen Union. Sie setzt sich für die Waffenabrüstung und gegen den Waffenexport ein, um die Ursachen von Flucht zu bekämpfen. Weiterhin sollen die Arbeitsbedingungen verbessert und die Mindestlöhne angehoben werden in der EU. Vermögen soll gerechter aufgeteilt und Konzerne stärker besteuert werden. Gleichzeitig möchte sie die Privatisierung der Wohnräume abschaffen, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu gewinnen. Die sozialen Aspekte stehen im Vordergrund, vor allem sollen die Menschenrechte gewahrt werden. Nachhaltige Energie soll gefördert werden, im Gegenzug Atom- und Kohlekraftwerke abgeschafft werden. Zur Beseitigung von Armut soll die EU Mindestrenten und Mindestsicherungen einführen.

#### **Das Ziel ist viel mehr gemeinsames Handeln:**

Die Mitgliedstaaten beschließen, auf allen Politikfeldern viel mehr gemeinsam zu machen.

### Die FDP

Die Grundsätze der FDP sind Freiheit, Verantwortung, Toleranz und Liberalismus. Weiterhin stehen die Freien Demokraten für das Recht

auf Selbstbestimmung, die Förderung der sozialen Marktwirtschaft in Beachtung der Wettbewerbsfreiheit und Eigenverantwortung sowie für die Begrenzung der Regulierungen durch den Staat.

### **Wie möchte sich die FDP in der Zukunft entwickeln?**

Europa soll transparenter, demokratischer und erfolgreicher werden. Der Trend soll Richtung Niedrigzinspolitik gehen und private Investitionen sollen in Europa interessanter werden. Durch Handelsabkommen sollen die Märkte innovativer werden. Die FDP möchte die weltbeste Bildung erzielen, hierzu sollen die Bildungsinvestitionen aufgestockt werden. Die

Digitalisierung soll vorangetrieben werden, u. a. auch das umstrittene 5G-Netz. Die Bürger sollen um 30-40 Millionen jährlich entlastet werden. Die Einwanderungspolitik soll liberaler werden. Zwischen Asyl suchenden und Einwanderern in den Arbeitsmarkt soll unterschieden werden. Die Energiepolitik soll verbessert werden und sie Pariser Klimaziele eingehalten werden. Die Rente soll flexibler gestaltet werden.

### **Wer mehr will, tut mehr**

Die Europäische Union ermöglicht es Mitgliedstaaten, die dies wünschen, in bestimmten Bereichen mehr zusammen zu machen.

Quellen: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/die-europawahlen-2019/>  
[https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa\\_ist\\_die\\_Antwort/SPD\\_Europaprogramm\\_2019.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf)  
[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm\\_pdf/Europawahlprogramm\\_2019\\_-\\_Partei\\_DIE\\_LINKE.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE.pdf)  
<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/04/30/fdp-europa-wahlprogramm-a5.pdf>  
<https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1>  
<http://fdp-hassfurt.de/wordpress/unsere-grundsuetze/>



## Artikel 13 und die Urheberrechtsreform

Von Helena Mattigk

#niewiederdu #SafeYourInternet und ähnliches konnte in den letzten Monaten dauerhaft im Medium Internet gefunden werden. Wieso? Ganz einfach. Einige Parteien sowohl in Deutschland als auch in anderen EU-Staaten hatten die durchaus angebrachte und gute Idee, den Urheber und dessen Rechte besser zu schützen, also das Urheberrecht zu reformieren. Klingt gut, ist es aber nicht. Zumindest nicht auf die Art, wie es aktuell geplant ist. Hauptaugenmerk der Kritik sind die Artikel 11, 12 und 13, beziehungsweise wird letzterer nun als Artikel 17 betitelt. Dieser sollte den Meisten zumindest etwas sagen.

Am 15.04.2019 fand die Wahl um die EU-Urheberrechtsform statt. Innerhalb von 2 Jahren soll die Reform nun durchgesetzt werden. Die Staaten haben sich dafür entschieden, doch was bedeutet dies für uns, den allgemeinen Nutzer.

Was soll nun geschehen? Gegeben ist, dass Internetseiten, die in irgendeiner Weise, wie Instagram und Facebook, aber auch kleinere Seiten, mit urheberrechtlich als geschützt geltenden Inhalten zu tun haben, in Haftung kommen. Damit nichts passiert, müssen sie Lizenzen haben. An sich nicht schlecht. Die Erwerbung dieser Lizenzen kann sich jedoch als äußerst zeit- und kostspielig erweisen. Des Weiteren kommt hinzu, dass Inhalte vom Upload gestoppt werden sollen, falls keine Lizenz vorliegen sollte. Also ein Uploadfilter. Hier jedoch ist Gefahr groß, dass zu viel geblockt wird, unter anderem auch Satire oder einfach Meinungen, welche großen Unternehmen nicht passen. Leider betrifft es nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Endnutzer. Mit anderen Worten, ja auch Nutzer müssen für Kosten aufkommen, oder werden zensiert, falls es jemand anderen nicht passt. Allgemein ist die Zensur der freien Meinung die größte Angst vor der Urheberrechtsreform. Natürlich könnte man dagegen vorgehen, wenn man der Ansicht ist unrechtmäßig geblockt zu werden. Dies würde aber lange dauern und viele Kosten verursachen und damit fast vollkommen unzugänglich werden.

Demokratie mal anders. Es gibt genug, die gegen die Urheberrechtsreform in diesem Sinne sind. Über 5 Millionen haben bei der Petition gegen den Zensurartikel unterschrieben und über 170.000 haben an Demos europaweit mitgemacht. Aber diese Stimmen wurden zuerst, unter anderem, von ein paar Politikern der CDU/CSU als „Bots“ von Google bezeichnet und dem Mediengiganten wurde unterstellt „FakeNews“ zu verbreiten. Ob Google es wirklich nötig hat, sich auf das Niveau hinunter zu begeben, welches ihnen damit vom Herrn Voss unterstellt wird, sei daher gestellt. Aber die Tausenden von Demonstranten, die in Städten europaweit aufgetreten sind, zu unterstellen, jeweils 450 Euro erhalten zu haben, ist dann doch etwas sehr grenzwertig, wenn nicht komplett respektlos. Die Summe mag für manche nicht viel erscheinen, aber andere verdienen im Monat nicht einmal so viel. Wieso also eine so große Summe für „Demonstranten“ ausgeben? Aber diese Fragen stellen sich die Redeschwinger nicht, solange es bedeutet, sie können sich mit diesen Aussagen weiterhin alles leisten.

Wie oben bereits erwähnt, ist die Idee hinter dem ganzen wichtig und richtig, doch wie wir als Volk, egal ob man jetzt dafür oder dagegen ist, behandelt werden, ist es nicht. Allein um zu zeigen, dass das oben genannte Verhalten nicht gut aufgenommen und wir nicht alles tolerieren, ist es wichtig zu wählen. Dies soll kein Anti-CDU/CSU Artikel sein, sondern zeigen, dass die ganze EU daran beteiligt ist. Und in den aufkommenden Europawahlen können wir zeigen, was wir davon halten. Also orientiert euch nicht nur an Wahlprogrammen, sondern auch an dem was in letzter Zeit passiert ist und euch auch betrifft. Seid keine Traditionswähler, denn auch wenn es bequemer ist, einfach irgendwas anzukreuzen, ist es doch falsch. Nehmt euch die Zeit, Wahlen sind nicht zu oft, aber trotzdem ist jede Stimme entscheidend. Zumindest für die Politiker für die wir noch echte Menschen sind und keine Bots, oder nur ein Mittel zum Zweck.

Quellen: <https://www.wbs-law.de/urheberrecht/artikel-13-eu-rat-beschliesst-urheberrechtsreform-80020/>  
<https://netzpolitik.org/2019/demos-gegen-uploadfilter-alle-zahlen-alle-staedte/>  
<https://www.change.org/p/stoppt-die-zensurmaschine-rettet-das-internet-uploadfilter-artikel13-saveyourinternet>

## Erasmus+ Programm

Von Avgustina Indzhiyan

Erasmus (European Community Action Scheme for the Mobility of University Students) ist ein Programm der Europäischen Kommission, welches seit 1987 die Mobilität von jungen Menschen fördert. Es ermöglicht, Fähigkeiten wie Sprachkenntnisse, Selbstvertrauen und Unabhängigkeit zu erlangen und noch dazu ein neues Land, eine neue Kultur sowie viele Freunde kennenzulernen. Als Student, egal ob in einem Bachelor-, Master- oder Promotionsstudiengang, kann man durch dieses Programm entweder ein Semester oder ein Praktikum, im Ausland absolvieren. Diese Möglichkeit besteht seit 2014 für alle Studenten weltweit. Die Dauer eines Auslandssemesters beträgt hierbei zwischen 3 und 12 Monaten und Praktika dauern von 2 Monaten bis zu 12 Monate.

Jede Hochschule/ Universität hat eine Auswahl an Partneruniversitäten, bei welchen man ein Auslandssemester absolvieren kann. Unsere Hochschule bietet beispielsweise über 60 unterschiedliche Partneruniversitäten weltweit an. Dazu zählen Länder wie Polen, Spanien, Russland, Australien oder die USA. Natürlich gibt es auch viele Finanzierungsmöglichkeiten, welche jedem Studenten ein solches Auslandssemester ermöglichen. Für solche Finanzierungen sind Ausland-BAföG, „PROMOS“ Förderungsprogramm von DAAD, Bayrische Fördermittel und Erasmus+ selbst möglich. Es werden sogar Fahrtkosten, Lebenshaltungskosten, manchmal Kosten für Sprachkurse oder Reisekosten in Begleitung von Dozenten abgedeckt.

In unsere Hochschule sind die Bewerbungsfristen für das Erasmus+ Programm der 31. Januar für das darauffolgende Wintersemester und 31. Juli für das darauffolgende Sommersemester.

ter. Es ist empfehlenswert, 1 Jahr im Voraus einen Beratungsgespräch zu führen, um Missverständnisse zu vermeiden. Ein halbes Jahr im Voraus findet die Nominierungsphase an der Partnerhochschule durch das International Office statt. Daraufhin muss man alle benötigten Unterlagen an die Partnerhochschule schicken. Für die Stipendien sind die Bewerbungsfristen: 15.01. für das jeweilige Sommersemester und 30.06. für das jeweilige Wintersemester. Die Visumfristen sind selbstverständlich auch zu beachten, da diese oft sehr knapp ausgelegt sind.



Seitdem ich an der Hochschule studiere, habe ich viele Erasmus-Studenten kennengelernt, welche alle das Auslandssemester als ihre beste Studierenerfahrung bezeichnen. Genau wegen diesen Vorteilen, in ein neues Land zu reisen, eine neue Kultur kennenzulernen, Studierenerfahrung zu sammeln, in coolen Projekten teilzunehmen und viele neue Kontakte und Freundschaften zu schließen, darf man diese Chance nicht verpassen.

Wenn Sie noch mehr erfahren wollen, können Sie die Infoveranstaltungen des International Office während des Semesters besuchen oder jeder Zeit einen Termin vereinbaren.

Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung ([https://www.bmbf.de/upload\\_filestore/pub/Das\\_BAfoeG.pdf](https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Das_BAfoeG.pdf))  
DAAD (<https://www.daad.de/hochschulen/programme-weltweit/mobilitaet/promos/de/23661-promos-programm-zur-steigerung-der-mobilitaet-von-studierenden-deutscher-hochschulen/>)  
Europäische Kommission ([https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/opportunities/individuals/students/studying-abroad\\_de](https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/opportunities/individuals/students/studying-abroad_de))  
Hochschule Coburg (<https://intranet.hs-coburg.de/index.php?id=erasmus>)  
Hochschule Coburg (<https://www.hs-coburg.de/studium/service-fuer-studierende/studieren-im-ausland/foerdermoeglichkeiten.html>)  
Schönewald, F. Semester und Praktikum im Ausland

## Zum Schluss

von Mirko Kraft

Wie geht es nach der Wahl weiter mit der Europäischen Union?

Wer wird der neue EU-Kommissionspräsident?

Wird es den Brexit geben?

Was heißt das für uns? Was heißt das für Sie? Was heißt das für mich?

Wie wird sich die Wahl auf die Versicherungsregulierung auf EU-Ebene auswirken?

Was bedeutet das neue Europäische Parlament für eine Region Coburg?

Was wird sich in den Vorlesungen ändern (müssen)?

Es liegt auch in unseren Händen.

# Europawahl 26. Mai 2019

weil diesmal wählst du deine zukunft

[diesmalwaehleich.eu](https://diesmalwaehleich.eu)

